Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 31 (1941)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Für und wider den Staat.

—an— Im Wallis haben die bürgerlichen Parteien vier konservative Staatsräte neben dem Radikalen Fama vorgeschlagen, wogegen die Sozialisten ihren Führer Dellberg portierten. Der Wahlkampf fand unter ungewöhnlichen Umständen statt. Es gibt bekanntlich einen „Walliser Benzin-Skandal". Zugeteilter „Treibstoff", der für die Bedienung der Frostöfen in den Obstkulturen gebraucht werden sollte, wurde Wagenbesitzern zugehalten. Wer daran schuld ist, und wer sich dabei allenfalls bereichert haben mag, steht noch nicht fest, aber der Name des Herrn Fama wird genannt. Dellberg hatte auch das Walliservolk aufgerufen, den Mann, der mitten in einer Affäre stehe, nicht wieder zu wählen. Und der Parteiaufruf der Linken warb folgerichtig für Dellberg anstelle Famas.

Der Wahlausgang zeigt Fama mit 21,000 Stimmen nur wenig hinter den Konservativen. Dellbergs Stimmen stiegen von über 6000 um die Hälfte auf über 9000. Dafür verlor er sein Großratsmandat im Wahlkreis Martigny. Mit andern Worten: In seinem Kreise, der ihn auf den Schild erhoben, bodigten ihn die Gegner zur Strafe dafür, daß er Fama stürzen wollte. Außerhalb des Wallis staunt man und spricht von seltsamen Einstellungen der „Hinterwäldler" hinter dem Sanetsch und Rawil. Im Wallis selbst geht man andere Gedankengänge. Fama ist der Mann mit dem starken Willen, der im Polizeidepartement sitzt und seine Sache recht macht. „Er regiert." Was sein Handel sein mag, das wird erst noch zu beweisen sein. Und mag es sein was es will, auf keinen Fall nimmt man einem Manne übel, daß er mit dem zugeteilten Benzin das angefangen, was ihm beliebte. Das heißt, daß er geschehen ließ, was geschah: Daß er den Leuten durch die Finger sah, wenn sie Geld aus dem zugeteilten Brennstoff schlugen und ihre Öfen anders heizten. Wie, das ist „ihre Sache".

Die Sozialisten, die die Situation ausnützten, werden zwar auf keinen Sieg gehofft haben, da sie das Wallis kennen müssen. Daß aber der Stimmenaufschwung trotz der „Gunst dieses Skandals" recht mäßig geblieben, sollte zu denken geben. Man hat die laut protestierende Partei und ihren Leiter dafür gestraft, daß sie eine Eigenmächtigkeit von Bürgern gegenüber rügten ... gefühlsmäßig heißt das: Die Masse der Walliserwähler steht hier unerschütterlich auf seiten des eigenmächtigen Bürgers und wehrt sich gegen eine Partei, die den „eigenmächtigen Staat" auf den Schild zu erheben verspricht.

Es gibt in den „unabhängigen und abgeschlossenen Republiken" mit dem nie ausgestorbenen Sonderbundsgeist gewaltige Reserven an Affekten gegen den Staat ... das Wallis ist nur einer der Horste dieses Geistes. Man überlege sich die immer neuen Demonstrationen, die der innerschweizerische Bauernverband gegen die eidgenössische Landwirtschaftspolitik losläßt. Man erinnere sich, daß am nächsten Sonntag, in der Abstimmung über die „Reval-Initiative", diesem Geiste eine Extraschlacht geliefert werden muß, soll nicht das Bundeswerk der Bekämpfung eines landesgefährlichen Schnapsteufels und der Förderung unserer gesunden Obsternährung zusammenbrechen. Das Argument des geldfressenden Beamtenapparates wird in diesen Kreisen immer unendlich mehr ziehen als die moralischen und vernünftigen Argumente gegen die Brennapparate. Die „Furcht vor dem Staat" beherrscht den Mann, der als kleiner König auf seinem Hof oder Höfchen zuschaut, wie die Macht des „Apparates" wächst. Er sagt sich, daß er immer nur von Steuererhöhungen und neuen Staatsschulden, aber kaum je von Steuersenkungen oder staatlicher Schulden-Tilgung höre. Und sein Instinkt wittert die Zeit, da der Staat „alles fressen" und wo der kleine König auch auf seinem Hofe nichts mehr zu sagen haben wird. Was bedeutet es einem solchen furchtgeladenen Denken, wenn die schweizerischen Ärzte, die Wirte, die Handelskammern, die Abstinenten, die Lehrer, die Pfarrer, die Weinbauern, die Südfrüchtehändler neben den sämtlichen Parteien die Reval-Initiative zur Verwerfung empfehlen? Sie werden doch Ja stimmen. Es hat jüngst einer boshaft bemerkt, „Reval" würde siegen, wenn man die Annahme mit „Nein" durchsetzen könnte. Und nur, weil die notorischen Nein-Sager diesmal Ja stimmen müßten, würde die Eidgenossenschaft den Kampf gewinnen. Es steht wohl nicht so schlimm, aber man wird sich auf allerhand Überraschungen gefaßt machen können. Der eigentliche Kampfgegenstand des 9. März ist nicht der Schnaps, sondern die „Staatsmacht", gegen die sich einfach vorhandene Affekte entladen werden. Und der Staat müßte daraus allerlei lernen ...

Uns allen ist klar, daß es nicht eine Rückwärtsentwicklung der staatlichen Funktionen und Kompetenzen geben kann, in unserer Notzeit schon gar nicht. Man nehme die täglichen Zeitungsberichte zur Hand und stelle fest, wozu die Entwicklung Schritt für Schritt geführt hat und weiter führt. Es muß „interveniert" und „vorgeschrieben" oder wenigstens „vorgeschlagen" werden. Aus purer Sucht, zu regieren und zu organisieren, hat z. B. der Bundesrat seinen Beschluß zur Organisierung „kriegswirtschaftlicher Syndikate" nicht gefaßt. Und es ist nicht die Tendenz, zu schikanieren, welche diese genossenschaftlichen Gebilde unter direkte Aufsicht des Kriegswirtschaftsamtes stellt, das ihnen ihre Außenhandelsaktionen vorschreiben wird und Bußen bis zu 30,000 Franken oder bis zu einem Jahr Gefängnis aussprechen darf, wenn sich die unter den „Syndikatsbeschluß" fallenden Branchen oder die in ihnen tätigen Einzelnen vorschriftswidrig verhalten. Es sind vielmehr bittere Notwendigkeiten, die solche Eingriffe erzwingen. Wir stehen auf den ausländischen Märkten dem straff geleiteten Handel diktatorischer Staaten gegenüber und haben dadurch in den letzten zwei Jahren mehr verloren, als es einem „sonderbündlerischen Reval-Geiste" je einfallen könnte!

Bulgarische Entscheidung.

Bulgarien ist dem Dreimächtepakt beigetreten. Deutsche Truppen haben das Land besetzt und beziehen an der griechischen Grenze Stellung. Auch an der türkischen Grenze sind Abteilungen erschienen. Das geschieht zu einer Zeit, da sich in Albanien die italienischen Bestände auf nahezu eine halbe Million gesteigert haben und die Griechen in die Verteidigung gedrängt worden sind.

Die lange vorbereiteten Geschehnisse haben also in erster Linie Bedeutung für Griechenland, und es fragt sich, was man in Athen zur neuen Lage sagen wird. Die Gerüchte, daß Deutschland nach dem Aufmarsch an der mazedonischen Grenze ulti-

mative Friedensvermittlungs-Vorschläge unterbreiten werde, um den italienisch-griechischen Konflikt zu beenden, wollen nicht verstummen. Bald wird man sehen.

Das dem deutschen Einmarsch logisch folgende Ereignis, der Abbruch der britisch-bulgarischen Beziehungen, ließ einige Tage auf sich warten. Sensationsnachrichten wollten von einem Anflug der rumänischen Ölfelder durch englische Flieger wissen, eilten aber mit ihrer Phantasie den Tatsachen weit voraus. Was feststeht, ist nur dies: Die Schwenkung der Bulgaren beseitigt die britischen Hemmungen, den bulgarischen Luftraum zu benutzen und nach Rumänien zu steuern. (Falls es solche Hemmungen gegeben!)

Die deutsche Begründung des Einmarsches in Bulgarien lautet: Verhinderung der Kriegsausweitung. Der Balkan soll in Verwahrung genommen werden, damit nicht die Engländer dort Fuß fassen können. Es ist dem ausländischen Kritiker klar, daß die Engländer zu offensiven Maßnahmen weder in Griechenland noch in irgendeiner andern Balkangegend imstande wären. Wenigstens heute sind sie das nicht. Und sie werden es lange Zeit nicht sein. Berlin und Rom feiern den Übertritt Bulgariens ihrer These gemäß als großen diplomatischen Sieg über England. Der Sieg ist evident, aber nicht unerwartet und nicht so bedeutsam, wie er effektiv erscheinen mag. Denn Bulgarien lag allzunahe am deutschen Operationsraum Rumänien, und allzuweit von den Machtbereichen der Engländer. Es blieb ihm nicht viel anderes übrig, als das kleinste Übel von allen denkbaren zu wählen. D. h. ähnlich wie Dänemark auf das Versprechen einer zeitlich begrenzten Besetzung zu vertrauen und auf die deutschen Wünsche einzugehen.

Die „verhinderte Kriegsausweitung" führt, wenn die Griechen, in Ansehung einer sich sammelnden ungeheuren Übermacht an ihren nördlichen Grenzen, sich allfälligen deutsch-italienischen Vorschlägen fügen, zu einer Beendigung der Operationen auf dem Kontinent. Fügen sie sich jedoch nicht, dann sind ernsthafte Kriegshandlungen zunächst in Mazedonien zu erwarten ... also „Kriegsausweitung". Handlungen, deren Ausgang die Propheten aller Schattierungen vorauszusehen meinen. Was könnte die griechische Armee gegen die deutsche ausrichten? Und ... was wird sie erst ausrichten, wenn dem nassen Frühling der trockene Sommer folgt, der den Angreifern erst die volle Ausnützung aller vorhandenen Machtmittel erlauben wird?

Es ist nicht gesagt, daß der deutsche Angriff gegen Griechenland unmittelbar folgen müsse. Denkbar sind monatelange Luftkämpfe in der Aegäis, Angriffe der RAF auf die rumänischen Petrolgebiete und Gegenangriffe der Deutschen auf die britischen Luftstützpunkte im griechischen Inselgebiet. Unterdessen wird sich die deutsche Diplomatie bemühen, nach dem bulgarischen noch andere Erfolge durchzusetzen. Die nächsten Ziele, die der unermüdliche deutsche Außenminister von Ribbentrop berennen wird, sind Jugoslavien und die Türkei.

Am wichtigsten ist Jugoslavien. Wenn die Deutschen sich im bulgarischen Zipfel Mazedoniens eingenistet haben, stehen auf mehr als dreiviertel aller Landgrenzen Truppen der Achse, während die gesamte Meergrenze von der italienischen Flotte beherrscht wird. Niemand wird einem dermaßen umstellten Staate zutrauen, daß er sich deutschen und italienischen Forderungen gegenüber anders verhalten werde als Bulgarien. Die Anspielungen der deutschen Stellen, vor allem auch der Presse, wonach der bulgarische Anschluß nicht der letzte sei, beziehen sich auf die erwarteten Entscheidungen in Belgrad. Wer die Etappen des deutschen Vordringens auf dem Balkan verfolgt: Zuerst Anschluß der Slowakei und Ungarns, dann die Gewährung der Durchzugsrechte durch Ungarn und der Einmarsch in Rumänien, dann die Konsolidierung Rumäniens durch Erledigung der „Legionärbewegung", und nun Bulgarien, der staunt über die Geschicklichkeit, womit der militärisch ernsthafteste und zum Widerstand am ehesten entschlossene Staat, Jugoslavien, umgangen und eingekreist wurde. Kapituliert er, dann stehen dem deutschen Angreifer auch die leichtest verletzbaren griechischen Nordgrenzen, die des südserbischen Vardartales, zur Verfügung, und die Lage Athens wird nun erst völlig katastrophal aussehen.

Mit der Türkei steht es etwas anders als mit Jugoslavien. Zudem weiß man nicht, wie sich die Russen verhalten würden, wenn die Achse gewaltsam gegen die Meerengen vorgehen wollte. Es ist ziemlich klar geworden, daß der bulgarische Übertritt zur Achse gegen gewisse russische Widerstände durchgesetzt wurde. Moskau hat sein „Nichteinverständnis" mit dem Vorgehen Sofias erklärt. Das mindeste, was man gewärtigen müßte, wären stärkere russische Einwendungen, sobald die Türkei vor ähnliche Entscheidungen gestellt würde wie heute Bulgarien.

Berlin weiß das, und seine Bemühungen liegen darum auf der diplomatischen Linie. Gegen freiwillige türkische Zugeständnisse könnte Moskau wohl nichts einwenden. Es pressiert dabei den Deutschen sicher nicht sonderlich. Bulgarien wurde erst sturmreif, als die deutschen Brücken über die Donau fertiggestellt und die Armeen zum Einmarsch bereit waren. Auch die Türken werden den Ernst bestimmter Vorschläge, die von Berlin kommen, erst dann richtig verstehen, wenn sich deutsche Panzer gegenüber Adrianopel versammelt haben. Dazu kommt vielleicht der Eindruck eines effektiven deutschen Erfolges in Belgrad, also den Anschluß Jugoslaviens an die Achse, und, was einen noch viel größern Schock verbreiten müßte: Ein siegreicher Schlag gegen die Griechen.

Man sieht, Herr von Papen, der deutsche Botschafter in Ankara, der heute neben den Engländern einen nicht leichten Stand hat, kann nicht nur darauf rechnen, bald einen bessern Stand zu haben; gehen die Dinge im benachbarten Balkan weiter, wie sie bisher gegangen, dann wird seine Position bald ausnehmend gut. Er hat in den letzten Wochen dauernd gegen die britischen Bemühungen angekämpft, er hat diplomatische Diners veranstaltet, während der große britische Gegenspieler Eden mit den türkischen Regierungs- und Armeestellen und mit Stafford Cripps, dem Gesandten in Moskau, konferierte. Nach dem bulgarischen Umschwung wird er seine Arbeit nun intensivieren. Berlin weiß sie zu schätzen. Das deutsche Flugzeug, das gleich nach dem Einmarsch in Bulgarien in Ankara landete, um angeblich eine Sonderbotschaft Hitlers an Ismet Inonü zu übermitteln, beweist, wieviel die Achse darauf gibt, die Türken zu beruhigen und zu überzeugen, daß es „nicht gegen sie gehe" ... „höchstens mit der Türkei gegen die Engländer".

Es ist oft gesagt worden, daß zwar das Dritte Reich militärische Monstrekräfte besitze, daß man dabei aber nicht vergessen dürfe, mit welchem Geschick die Diplomaten die Lage auszunützen verstehen ... und vor allem, wie sie dort, wo sie auf das Gewicht der Militärmacht Hitlers verweisen können, eine erstaunliche Durchschlagskraft entwickeln. Wir werden im Südosten Zeugen einer weitern Serie solcher Aktionen sein.

Nach der Ansicht Berlins ist Eden mit leeren Händen nach London zurückgekehrt, und sein Besuch in Athen, den er dem in Ankara beifügte, sei eine vergebliche Anstrengung, dem Rade der Entscheidung in die Speichen zu fallen. Wir müßten, um die Berechtigung solcher hohnvoll-optimistischer Bemerkungen zu belegen, hinter allerlei Kulissen schauen können. Wir müßten wissen, ob in Athen und Ankara die Aussichten des britischen Reiches immer noch mit gleichen Augen betrachtet werden wie vor Wochen und Monaten, oder ob sie in den Augen des griechischen Königs und des türkischen Diktators gesunken seien.

Jedenfalls ist die türkische Flotte nach den Dardanellen ausgelaufen, Minen werden gelegt, die Schiffe müssen Lotsen nehmen, die Bestände in Thrazien werden erhöht.

Der schweizerische Tubentag ein voller Erfolg

Ueberall im Lande hat am 28. Februar die Schuljugend mit vereinten Kräften mitgeholfen, die für die Schweizerindustrie so wichtigen Rohstoffe zu sammeln. Von Haus zu Haus sind die Schulbuben und die -Mädchen gezogen mit ihren Körben und Schachteln und haben überall die ausgedrückten Tuben, seien es solche von Zahnpasta, Schönheitscreme, Rasierseife, Farbe oder dergleichen, zusammengetragen. Tonnenweise gab es da im ganzen Schweizerland solche Tuben, von denen vor dem Krieg so rund 30 Millionen Stück jährlich in den Abfallkübel gewandert sind. Unser Bild zeigt die Schuljugend der Stadt Bern, die, wie immer bei solchen Gelegenheiten, die ganze Aktion mit Hilfe der Lehrerschaft gross aufgezogen hat. (Photopress)

Riesige Brandkatastrophe in Santander

Die halbe Stadt vom Feuer ergriffen, 300 Häuser zerstört. Der Sturm zerriss im Hafen von Santander ein Hochspannungskabel. Dieses fiel auf einen Petroleumtank und entzündete im Nu sämtliche Oellager, später Lagerschuppen und 300 Häuser, die von dem nicht mehr zu bändigenden Element gänzlich zerstört wurden. U. Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem an den Hafen grenzenden Stadtteil, der am schrecklichsten gelitten hat. (Photopress)

In der soeben gebauten Eiskaverne ist die Mg.-Stellung bezogen worden. In Feuerbereitschaft wartet die Mannschaft mit Spannung auf ihren Einsatz.

In Stunden harter Arbeit ist ein Eisstollen in den Firn gegraben worden. Die Mannschaft, die den Aushub aus dem Stollen ins Freie befördert, muss angeseilt werden, damit sie vom ständig tobenden Höhensturm nicht in die Tiefe gerissen wird.
(Photo Tièche) Zensur Nrn. N/R 3079, 3184.

Winterdienst im Hochgebirge

Diesen Winter sind eine große Anzahl Offiziere für den Krieg im winterlichen Hochgebirge ausgebildet worden. Sie werden als Kurskommandanten und technische Leiter die Truppeninstruktion in den Heereseinheiten leiten. Neben einer Repetition der Skitechnik wurden hauptsächlich Marsch- und Geländeübungen, verbunden mit dem Transport schwerer und leichter Waffen durchgeführt. Große Bedeutung wurde dabei dem Lawinendienst, verbunden mit Marschübungen bei Sturm und starkem Schneefall beigelegt. Der Bau und das Ausexerzieren eines Stützpunktes im Hochgebirge vermittelten den Kursteilnehmern einen interessanten Einblick in die Schwierigkeiten des Hochgebirgskrieges im Winter.